

KURZ UND PRÄGNANT

Mehr Sicherheit

Die Landesregierung sorgt für mehr Sicherheit. Als einen wichtigen Schritt dahin haben DIE LINKE, SPD und Grüne für die nächste Landtagssitzung Ende Januar 2018 den Antrag „Thüringer Polizei 4.0 – Mit Digitalisierung und Modernisierung fit für die Zukunft“ eingereicht. Rot-Rot-Grün wird die Ausstattung des Einsatz- und Streifen dienstes mit mobiler Kommunikationstechnik (Tablets, Smartphones, IT-gestützte Funkstreifenwagen) vorbereiten. So können künftig Aussagen vor Ort digital statt wie bisher handschriftlich erfasst und Beweismittel übertragen werden. Auch die Technik beim Dezer nat „Cybercrime“ und die Internetanbindung für Polizeibeamte wird verbessert. Gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten soll außerdem ein interner verschlüsselter Messenger-Dienst für die Polizei entwickelt werden, um Vermissten- und Fahndungsmeldungen per Handy austauschen zu können.

Der Landesparteitag der LINKEN hatte sich im November 2017 für die Modernisierung der Thüringer Polizei ausgesprochen und die Fraktion aufgefordert, für eine Einführung von mobiler Kommunikationstechnik bei der Polizei und der Einrichtung einer Onlinewache zu sorgen. Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, sagt: „Rot-Rot-Grün setzt auf Sicherheitspolitik mit Augenmaß, bei der es eine Balance zwischen Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und dem Grundrechtsschutz gibt. Mit gezielten Investitionen und konzeptionellen Änderungen wirken wir der teils ausgebliebenen Modernisierung der letzten Jahre entgegen. Wir machen die Polizei für eine immer digital werdende Gesellschaft fit und entlasten zugleich Beamte bei ihrer täglichen Arbeit, um im Ergebnis die Präsenz der Polizei insbesondere im ländlichen Raum zu stärken.“

Die Koalition stellt weiteres Geld für Projekte der Digitalisierung und Modernisierung. Erstmals wird in Thüringen eine Online-Wache eingerichtet sowie das Angebot eines verschlüsselten Kontakts mit der Polizei angeboten. Darüber hinaus soll die Arbeit der Social Media Teams der Polizei ausgebaut werden. Parallel zu Verdopplung der auszubildenden Anwärter (2014: 125; 2018: 260) werden Investitionen sowohl im Bildungszentrum der Thüringer Polizei, unter anderem für Hörsäle als auch bei der Bereitschaftspolizei, durch neue Fahrzeuge und bessere passive Schutzausrüstung, realisiert. Ebenso werden die Mittel für Kriminalitätsprävention erhöht. ■

Keine Chance für Lobbyismus

Rot-Rot-Grün will die Gesetzgebung im Landtag transparenter machen

Im Dezember haben die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Grünen im Thüringer Landtag einen Gesetzentwurf zu einem „Beteiligentransparenzregister“ vorgelegt. Zukünftig können Interessierte in einer Datenbank des Landtags nachlesen, welche Organisationen und Einzelpersonen mit welchen Mitteln und Inhalten versucht haben, auf parlamentarische Initiativen und Gesetzgebungsverfahren Einfluss zu nehmen. Lobbykritische Organisationen, wie zum Beispiel „Lobbycontrol“, nennen die umfassende Offenlegung von Lobby-Aktivitäten einen „legislativen Fußabdruck“.

Dieser „Fußabdruck“ macht es leichter durchschaubar und so auch kritisierbar, wenn Regelungen und Gesetze zugunsten bestimmter Interessengruppen wirken und dabei den berechtigten Belangen anderer Gruppen schaden. Ein solches Transparenzregister hatte DIE LINKE schon in der 5. Wahlperiode mit ihrem Gesetzentwurf für ein Antikorruptionsgesetz vorgeschlagen. Doch die Landtagsmehrheit hatte den Entwurf damals als „überflüssig“ und „hysterisch überzogen“ abgelehnt, obwohl in Thüringen immer wieder Korruptionsprobleme bekannt wurden.

Nun kann DIE LINKE als Teil der rot-rot-grünen Koalition ihre Vorschläge gegen Korruption und Lobbyismus in Thüringen umsetzen. Ein wichtiger Baustein ist das Register zur „Lobbytransparenz“ beim Landtag. Im bundesdeutschen Vergleich legt die Koalition sehr weitgehende Regelungen vor, zum Beispiel weil bei Vorlagen der



Regierung Einflussnahmen in deren Arbeitsbereich vom Register erfasst und Verstöße gegen die Eintragungspflichten ins Register mit deutlichen Ordnungsgeldern belegt werden. Die Eintragungen erfolgen „von Amts wegen“ durch den Landtag. Die Landesregierung und die jeweiligen Organisationen und Einzelpersonen sind über den gesamten Arbeitsverlauf zu vollständigen und aktuellen Angaben verpflichtet. Das sind zum Beispiel auch Informationen darüber, ob der jeweilige Beitrag – etwa ein Gutachten – gegen Bezahlung erstellt wurde und wie hoch diese ist.

In der Debatte im Thüringer Landtag lehnte die CDU den Gesetzentwurf zur Lobby-Kontrolle ab: Das Gesetz sei lediglich „eine neue Art von Bürokratie und staatlicher Kontrolle“. Zudem sei die Kritik an Lobbyismus und Korruption überzogen, behauptete die CDU – es werde gar „ein Lobbyismus-Popanz aufgebaut“. Der Abgeordnete der Linksfraktion Knut Korschewsky hielt mit deutlichen Worten dagegen und erinnerte an die Zustände in Thüringen

unter den CDU-Regierungen: „Kollege Scherer, es hätte mich verwundert, wenn Sie etwas anderes gesagt hätten. Es ist jedem klar (...) warum Sie das so sagen. In den letzten 27 Jahren hier in Thüringen hat es die CDU immer wieder geschafft, bestimmten Lobbygruppen Lobbyinteressen in diesem Landtag durchzusetzen – das nicht der Öffentlichkeit mitzuteilen, sondern hinter verschlossenen Türen. Genau das wollen Sie: dass das auch weiter so möglich ist. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin ganz deutlich sieht, wer sich an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Es geht nicht darum, irgendjemanden auszuschließen oder einem Verdacht zu unterstellen. Politisch interessierte Menschen sollen in Zukunft nachvollziehen können, wer mit welchen Inhalten auf diese Initiativen Einfluss genommen hat.“ Der Gesetzentwurf wird nun vom Justizausschuss des Landtages weiter beraten. Dort findet eine voraussichtlich im Februar eine öffentliche Anhörung statt.

Sandra Steck ■

Enquete-Kommission: Was tun gegen Rassismus?

Während ihrer siebten Sitzung am 9. Januar 2018 verständigte sich die „Enquetekommission Rassismus“ des Thüringer Landtags auf Begriffsbestimmungen zu Rassismus und Diskriminierung als Grundlage für die weitere Arbeit.

„Die Konstruktion von ‚Rassen‘ hat zum Ziel, dass eine eigene Gruppenidentität durch Abgrenzung von Anderen geschaffen wird und dass Aggressionen, Ausschlüsse und Privilegien damit legitimiert werden“, fasst Sabine Berninger, LINKE-Abgeordnete und Mitglied der Enquetekommission, erste Ergebnisse der Beratungen von Abgeordneten und ExpertInnen zusammen.

Die Einsetzung einer Kommission war als eine Konsequenz aus der rassistischen Mordserie des NSU vom Thüringer Landtag schon 2014 mit den Stimmen aller damaligen Fraktionen empfohlen worden, um „Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ zu entwickeln. Im Januar 2017 hatte der Landtag dann mit den Stimmen von CDU, DIE LINKE, Grünen



Die Abgeordneten Katharina König-Preuss, Christian Schaft und Sabine Berninger sind Mitglieder der „Enquetekommission Rassismus“ des Landtags

und SPD die Enquetekommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ beschlossen.

Nachdem am 30. Januar 2018 die öffentlichen Anhörungen zur Perspektive von Betroffenen und deren Diskriminierungserlebnissen abgeschlossen sein wird, sollen in einem Zwischenbe-

richt erste Schlussfolgerungen gezogen und konkrete politische Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Die Fraktion Die LINKE im Thüringer Landtag informiert mit einem Email-Newsletter über die Arbeit der Kommission. Interessierte können sich für den Bezug des Newsletter über die Adresse enquete-rassismus@news.die-linke-thl.de anmelden. ■